

Familienpolitische Fragestellungen

Es gibt ein primäres **Elternrecht auf Erziehung**. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden.

- Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?
- GFW findet grundsätzlich 1 verpflichtendes Kindergartenjahr ausreichend. Ist damit der Erwerb der deutschen Sprache aber nicht ausreichend, sollten betroffene Kinder im Schulalter automatisch ein Vorschuljahr absolvieren, bevor sie regulär eingeschult werden, um das Niveau der ersten Klassen nicht zu senken. Das bedeutet, Kinder mit Sprachdefiziten nicht früher in den Kindergarten verpflichten, sondern später in die Schule geben.
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?
- Die Sexualerziehung und Aufklärung ist den Eltern leider schon längst durch das Fernsehen und von den neuen Medien aus der Hand gerissen worden. Die wenigsten Eltern haben eine konkrete Vorstellung davon, wie sich z.B. ein angebliches Kinderfernsehprogramm gestaltet und wie früh ihre Kinder durch neue Medien mit Sexualität und Gewalt konfrontiert werden. Die Volksschule kann Kinder anhand themenspezifischer, pädagogischer Theaterstücke (z.B. Geheimsache Igel) für das Thema Missbrauch, Grenzüberschreitungen, Tabus, Schamgefühle u.Ä. sensibilisieren, um den oft falschen Eindrücken der Kinder gegenzusteuern und sie damit vor häuslicher Gewalt und sexuellen Übergriffen innerhalb und außerhalb der Familie zu schützen. Die Oberschule kann mit Pflichtfächer wie Hygiene und Biologie einen wissenschaftlichen Beitrag zur Aufklärung leisten. Eine verstärkte Einbindung der Eltern in Form von Workshops und Seminaren könnte die Vermittlung von Werten durch die Eltern sicherstellen.
- Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)
GFW ist für die Wahlfreiheit und lehnt eine Gesamtschule für alle ab. Eltern sollen selbst entscheiden dürfen, ob ihre Kinder öffentliche oder private Halb- oder Ganztagschulen, Hauptschulen oder Gymnasien, Horte oder ihre Großeltern besuchen oder nicht. GFW ist für einen Ausbau von flexiblen Nachmittagsbetreuungen und die Beibehaltung aller Schulformen nach Bedarf und Nachfrage. Gesamtschule kann alternativ für Freiwillige angeboten werden.

Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft.

- Schulkosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwälzte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!
Durch gezielte Förderungen der Familien mit Schulkindern (wie z.B. jährliches Schulstartgeld, Erfolgsprämien für Schulen in Form von Lehrmitteln und Materialsponsoring durch private Unternehmen) möchte GFW einer noch größeren Belastung der Familien entgegenwirken. Steuerlich müssen Familien auch entlastet werden.
- Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?
GFW möchte durch die Anhebung der Gehälter auf das Niveau von Lehrern den Beruf von Kindergartenpädagoginnen aufwerten und attraktiver machen und Kinderbetreuungsplätze ausbauen. Zudem will sich GFW für einen besseren Betreuungsschlüssel in Kindergartengruppen einsetzen. Weiteres sollten auch die **Kindergruppen**-Betreuerinnen eine universitäre Ausbildung absolvieren.
- Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?
Nach dem Pflichtkindergartenjahr kann in einem erweiterten Schuleignungsgespräch die Sprachkompetenz geklärt werden. Ist diese nicht ausreichend gegeben, kommt das schulpflichtige Kind in eine Vorschulklasse, deren Fokus das spielerische Erlernen der deutschen Sprache ist. Das Schulreifegespräch kann im Juni stattfinden und Eltern haben damit die Möglichkeit, ihre Kinder selbst oder mithilfe von externen Kursen im Sommer noch sprachlich weiterzubilden, sofern sie gegen eine spätere Einschulung sind. So kann man auch während des ersten Kindergartenjahres die Sprachkenntnisse der Kinder feststellen und auch bei Sprachdefiziten extern gegensteuern.

In unserer **demokratischen Willensbildung** sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht.

- Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene? Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?

Vor Einführung eines Kinderstimmrechtes möchte GFW „Politische Bildung“ als reguläres Schulfach ab dem 5. Pflichtschuljahr durchsetzen. Denkbar ist auch ein Kinderparlament, deren Abstimmungsergebnisse auf Gemeinderats- und Bezirksrat-Ebene berücksichtigt werden. Die politische Partizipation von jungen Mitmenschen wird unsere Demokratie fördern.